

STEUERFLUCHT

BaFin prüft die UBS

Im Zusammenhang mit Steuertricksereien von Superreichen ermitteln die Bankenwächter gegen die deutsche Tochter des Schweizer Finanzkonzerns UBS. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) „hat eine Sonderprüfung im Zusammenhang mit den von Peter S. erhobenen Vorwürfen eingeleitet“, bestätigt eine Sprecherin der Bank. Hintergrund ist die Behauptung des ehemaligen Großkunden Peter S., die Bank habe ihm in Zürich einen Scheinwohnsitz installiert, um der Besteuerung durch den deutschen Fiskus zu entgehen. Bei der BaFin fällt die



UBS-Tower in Frankfurt am Main

Untersuchung in die Zuständigkeit des Geldwäschereferats. Dabei soll unter anderem geklärt werden, ob die deutsche Tochter der UBS systematisch Beihilfe zur Steuerflucht geleistet haben könnte. Zu den damaligen Geschehnissen hat die UBS „ebenfalls eine interne Untersuchung eingeleitet“, sagt eine Banksprecherin. Peter S. hatte bereits im Februar bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main eine Strafanzeige gegen die UBS eingereicht. Dabei geht es nicht nur um Angebote zur Steuerhinterziehung, sondern auch um Betrug, Untreue und versuchte Nötigung. Angeblich trifft die Bank eine Mitschuld an Millionenverlusten durch Fehlspekulationen.

EUROPÄISCHES PATENTAMT

Klagen wegen Scheinselbständigkeit

Ärger steht dem Europäischen Patentamt (EPA) mit Sitz in München ins Haus. Mehrere Beschäftigte klagen vor Gericht auf Festeinstellung. Ihr Vorwurf: Das Patentamt lagere zunehmend Tätigkeiten aus, wofür es Dienstleistungsverträge mit mehr als 40 Drittfirmen abgeschlossen habe. Diese wiederum vermittelten die Personen nur in das Amt, wenn sie sich offiziell als selbständig deklarierten. Tatsächlich würden die Betroffenen aber teils über mehrere Jahre an ein

und demselben Arbeitsplatz ihren Job verrichten, das EPA sei der einzige Auftraggeber, Tätigkeiten für Dritte seien untersagt, Dienstpläne und Abstimmungen bei Urlaubsanträgen müssten eingehalten werden. Alexander Holtz, Anwalt eines Klägers, argumentiert, die als „Berater“ bezeichneten Betroffenen seien „in Wirklichkeit Arbeitnehmer“ und würden vom EPA „als Scheinselbständige beschäftigt“. Sie erhielten Projektverträge, die teilweise erst einen Tag vor Ablauf verlängert würden. In einem Dokument, das dem kontrollierenden Verwaltungsrat des EPA im Dezember 2009 vorlag, gehen Arbeitnehmervertreter davon aus, dass von den rund 7800 Mitarbeitern an den fünf Standorten München, Berlin,

Den Haag, Brüssel und Wien rund tausend Beschäftigte von dieser Praxis betroffen seien. Die Personalvertretung rechnet intern mit Fehlbeträgen bei den Sozialabgaben in siebenstelliger Höhe. Brisant ist diese Praxis, weil die deutschen Vertreter des Verwaltungsrats vom Bundesjustizministerium entsandt werden. Das EPA sagt, es sei üblich, auf externe Dienstleister zurückzugreifen. „Über die Arbeitsverhältnisse zwischen diesen Unternehmen und ihren Angestellten, die für die Dienstleistungserbringung zugunsten des EPA eingesetzt werden, können wir keine Auskunft geben, gehen aber davon aus, dass diese den Erfordernissen der Vertragserfüllung gegenüber dem EPA Rechnung tragen.“

Wir machen unseren Job, damit Sie Ihren machen können.

Dank moderner Impfstoffe können Sie heute so manchem Erreger die kalte Schulter zeigen, der Sie früher noch ans Bett gefesselt hätte. Gegen mehr als 25 Infektionskrankheiten haben unsere Forscher bereits Impfungen entwickelt, an vielen weiteren arbeiten sie mit Hochdruck. Damit Ihr Körper in

Zukunft noch besser gegen Eindringlinge gerüstet ist. Denn für Ihr Immunsystem gilt: Angriff ist die beste Verteidigung.
www.vfa.de

Forschung ist die beste Medizin.

vfa Die forschenden
Pharma-Unternehm